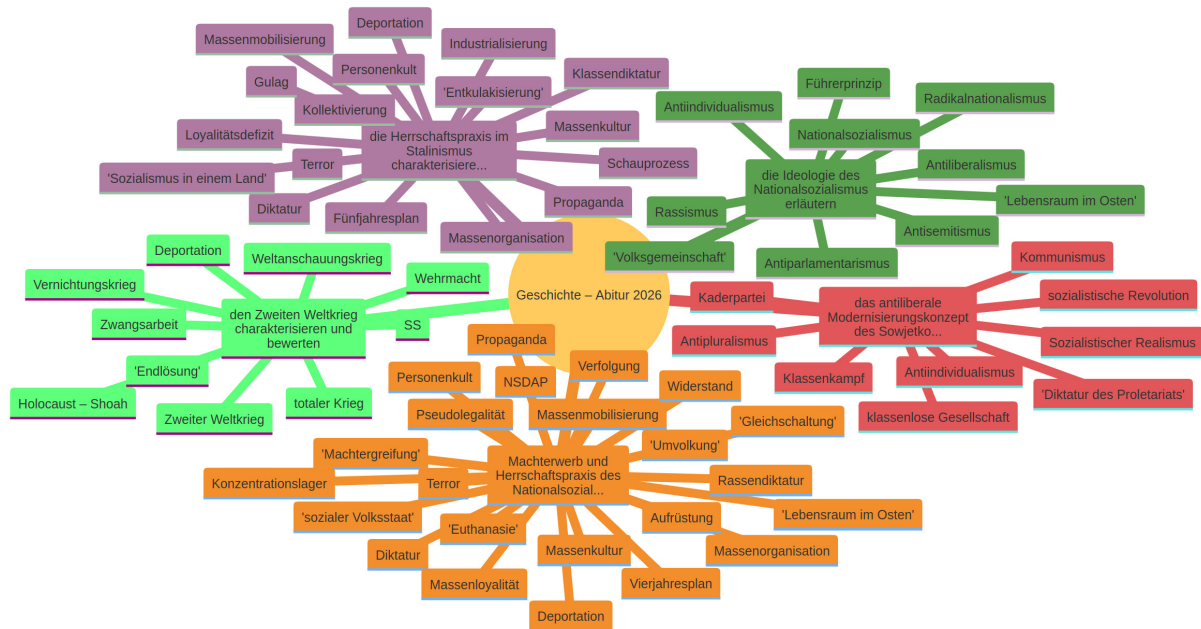


Lernskript – Abitur 2026 – Geschichte

Erstellt am 31.03.2026



(1) Herrschaftsmodelle im 20. Jahrhundert: Bedrohung von Demokratie und Freiheit

(2) das antiliberale Modernisierungskonzept des Sowjetkommunismus charakterisieren

Kommunismus M

Kommunismus ist eine politische und wirtschaftliche Theorie, die auf den Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels basiert und eine klassenlose Gesellschaft anstrebt, in der die Produktionsmittel gemeinschaftlich besessen werden. Im 20. Jahrhundert wurde diese Theorie in der Praxis oft mit autoritären Herrschaftsformen verbunden, insbesondere in der Sowjetunion unter Lenin und Stalin, wo der Staat die Wirtschaft zentralisierte und politische Freiheiten einschränkte. Der Sowjetkommunismus verstand sich als „Diktatur des Proletariats“, die jedoch in der Realität zu einer Einparteienherrschaft mit massiver Repression führte. Das Ziel der „antiliberalen Modernisierung“ bestand darin, durch staatlich gelenkte Industrialisierung und Kollektivierung eine schnelle gesellschaftliche Umwälzung zu erzwingen – oft unter Einsatz von Gewalt und Zwang.

Klassenkampf M

Der Klassenkampf ist nach marxistischer Theorie der zentrale Motor der Geschichte, bei dem die unterdrückte Arbeiterklasse (Proletariat) gegen die herrschende Klasse (Bourgeoisie) kämpft, um die kapitalistische Ausbeutung zu überwinden. Er zielt auf die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, in der der Staat als Instrument der Unterdrückung überflüssig wird. In der Praxis des Sowjetkommunismus wurde der Klassenkampf als Rechtfertigung für die gewaltsame Enteignung der Großgrundbesitzer und

Industriellen während der Russischen Revolution 1917 und der anschließenden Kollektivierung genutzt. Die Bolschewiki deuteten selbst innerparteiliche Konflikte oder oppositionelle Bewegungen als Fortsetzung dieses Kampfes, was zu Säuberungen wie den Stalinschen Prozessen in den 1930er-Jahren führte. Letztlich diente der Begriff dazu, autoritäre Maßnahmen als historisch notwendig darzustellen und jede Abweichung als „konterrevolutionär“ zu brandmarken.

Kaderpartei M

Eine Kaderpartei ist eine straff organisierte Partei, in der nur eine kleine, ideologisch besonders geschulte Elite – die sogenannten Kader – die Entscheidungsmacht innehat. Diese Kader werden gezielt ausgewählt, ausgebildet und kontrolliert, um die Parteiziele konsequent umzusetzen und die Mitgliedschaft diszipliniert zu halten. Im Gegensatz zu Massenparteien mit breiter Basis steht hier nicht die Anzahl der Mitglieder, sondern deren ideologische Zuverlässigkeit und Funktionsfähigkeit im Vordergrund. Die Struktur dient der effizienten Durchsetzung politischer Vorgaben, etwa in der Sowjetunion unter Stalin, wo die KPdSU nach diesem Prinzip reorganisiert wurde. Durch die Konzentration auf eine kontrollierte Führungselite wird die Partei zum Instrument der Herrschaftssicherung und untergräbt demokratische Mitbestimmung.

Antipluralismus M

Antipluralismus bezeichnet die Ablehnung von Vielfalt, Konkurrenz und gesellschaftlichem Wettbewerb als grundlegende Prinzipien politischer Ordnung. Stattdessen wird eine homogene, monolithische Gesellschaft angestrebt, in der eine einzige Ideologie oder Gruppe die alleinige Deutungshoheit besitzt – alle anderen Meinungen gelten als illegitim oder sogar als „konterrevolutionär“. Diese Haltung führt dazu, dass Opposition systematisch unterdrückt, Parteien verboten und unabhängige Institutionen wie Gerichte oder Medien gleichgeschaltet werden, um jede Abweichung zu verhindern. Im Sowjetkommunismus wurde dies etwa ab den 1920er-Jahren unter Stalin durch die Ausschaltung der innerparteilichen Opposition (z. B. 1927 mit der Verbannung Trozki) und die Abschaffung freier Wahlen praktiziert. Der Antipluralismus rechtfertigt sich dabei oft mit dem Verweis auf die „historische Notwendigkeit“ einer klassenlosen Gesellschaft, die keine Alternativen dulde.

„Diktatur des Proletariats“ M

Der Begriff „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet bei Marx und Lenin eine Übergangsphase, in der die Arbeiterklasse – vertreten durch den revolutionären Staat – die Macht ergreift, um die bürgerliche Gesellschaft und ihre Strukturen gewaltsam zu zerschlagen. Diese Phase ist nach marxistischer Theorie notwendig, weil die alte Ordnung mit ihren Klassenantagonismen und Ausbeutungsverhältnissen nicht einfach verschwindet, sondern aktiv überwunden werden muss. Der Staat wird dabei zum Instrument der Unterdrückung der ehemaligen Herrschenden, um die sozialistische Umgestaltung durchzusetzen, etwa durch Enteignungen oder die Ausschaltung politischer Gegner. In der Praxis führte dies in der Sowjetunion ab 1917 unter Lenin und später Stalin zu einer zentralisierten Einparteiherrschaft, die sich als „Diktatur“ gegen vermeintliche oder tatsächliche Gegner des Systems inszenierte. Die Idee einer „Diktatur“ war dabei kein Selbstzweck, sondern sollte die Voraussetzungen für eine klassenlose Gesellschaft schaffen – ein Ziel, das jedoch in der Realität in autoritäre Systeme umschlug.

klassenlose Gesellschaft M

Die „klassenlose Gesellschaft“ ist ein zentrales Ziel des Sowjetkommunismus und bezeichnet einen Zustand, in dem alle sozialen Klassen – also Arbeiter, Bauern und Besitzende – verschwunden sind. In dieser Vision gibt es keine Ausbeutung mehr, da

Produktionsmittel wie Fabriken oder Land nicht mehr Privateigentum einzelner Gruppen sind, sondern kollektiv genutzt werden. Theoretisch soll dies durch eine Revolution und die Diktatur des Proletariats erreicht werden, die zunächst die alte Ordnung zerschlägt, bevor der Staat schließlich „abstirbt“. Praktisch scheiterte dieser Anspruch jedoch, etwa in der Sowjetunion unter Stalin, wo sich eine neue, privilegierte Elite – die Nomenklatura – herausbildete. Statt Gleichheit entstand so ein hierarchisches System, das die ursprüngliche Idee konterkarierte.

sozialistische Revolution M

Eine sozialistische Revolution bezeichnet den gewaltsamen Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung durch eine revolutionäre Bewegung, die sich auf die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt beruft und eine klassenlose, sozialistische Gesellschaftsordnung anstrebt. Ihr Ziel ist die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats als Übergangsphase zur klassenlosen Endgesellschaft. Diese Revolution wird als historisch notwendig dargestellt, um die Ausbeutung der Arbeiter durch die Bourgeoisie zu beenden und die Produktionsverhältnisse grundlegend umzuformen. Ein zentrales Beispiel ist die Oktoberrevolution 1917 in Russland, die unter Führung der Bolschewiki zur Gründung der Sowjetunion führte. Die Revolution legitimiert sich dabei durch die marxistische Theorie, die eine unausweichliche Verschärfung der Klassengegensätze prognostiziert.

Sozialistischer Realismus M

Der sozialistische Realismus war die verbindliche Kunst- und Literaturrechtung in der Sowjetunion ab 1932, die als zentrales Instrument der ideologischen Kontrolle und Massenlenkung diente. Er verlangte eine möglichst realistische, aber zugleich optimistisch und heroisch stilisierte Darstellung der sozialistischen Gesellschaft, um die Überlegenheit des Systems zu propagieren und die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme am Aufbau des Kommunismus zu motivieren. Künstler und Schriftsteller wurden verpflichtet, Figuren und Szenen so zu gestalten, dass sie die Parteidoktrin – etwa die Kollektivierung der Landwirtschaft oder den Fünfjahresplan – als unaufhaltsamen Fortschritt erscheinen ließen, selbst wenn die Realität oft von Gewalt, Hunger oder Repression geprägt war. Ein bekanntes Beispiel ist Maxim Gorkis Roman „Die Mutter“ (1906), der später als Vorzeigewerk des sozialistischen Realismus umgedeutet und für die stalinistische Propaganda instrumentalisiert wurde. Durch Zensur, Verbote und die Gleichschaltung der Kulturinstitutionen wurde der sozialistische Realismus zum Mittel, um Abweichungen von der Parteilinie systematisch zu unterdrücken.

Antiindividualismus M

Antiindividualismus bezeichnet die Ablehnung der Idee, dass der einzelne Mensch als autonomes, mit unveräußerlichen Rechten ausgestattetes Wesen zu betrachten ist. Stattdessen wird der Mensch primär als Teil eines Kollektivs – etwa der Klasse, der Nation oder des „historischen Fortschritts“ – verstanden, dessen Wert sich erst aus seiner Funktion für dieses Ganze ergibt. Im Sowjetkommunismus wurde dies etwa in der Doktrin der „Diktatur des Proletariats“ sichtbar, die individuelle Freiheitsrechte zugunsten einer vermeintlich höheren gesellschaftlichen Umwälzung einschränkte. Die Unterordnung des Einzelnen unter die Partei oder den Staat war kein Nebeneffekt, sondern zentrales Prinzip, um die angestrebte „klassenlose Gesellschaft“ zu erreichen. Selbst Kunst, Wissenschaft oder Alltagskultur wurden diesem Ziel untergeordnet, wie etwa die sozialistische Realismus-Doktrin ab 1932 zeigt.

() Herrschaftsmodelle im 20. Jahrhundert: Bedrohung von Demokratie und Freiheit

(6) die Ideologie des Nationalsozialismus erläutern

Nationalsozialismus M

Der Nationalsozialismus war eine radikal völkisch-rassistische Ideologie, die ab 1920 von der NSDAP unter Adolf Hitler propagiert wurde. Ihr Kern bestand in der Vorstellung einer „arischen Herrenrasse“, die zur Weltherrschaft bestimmt sei, während Juden, Slawen, Roma und andere Gruppen als „minderwertig“ oder „lebensunwert“ diffamiert wurden. Politisch strebte der Nationalsozialismus eine totalitäre Diktatur an, die alle Lebensbereiche durch Propaganda, Terror und Führerprinzip kontrollierte – wie etwa ab 1933 durch das „Ermächtigungsgesetz“ oder die Gleichschaltung der Gesellschaft. Wirtschaftlich kombinierte er militaristische Aufrüstung mit korporatistischen Strukturen, um die „Volksgemeinschaft“ im Dienst des Staates zu mobilisieren. Die Ideologie gipfelte in der systematischen Vernichtungspolitik, etwa im Holocaust ab 1941, der die rassistische Logik in industriellen Massenmorden umsetzte.

Radikalnationalismus M

Radikalnationalismus bezeichnet eine extremistische Spielart des Nationalismus, die sich durch die bedingungslose Überhöhung der eigenen Nation und die aggressive Abwertung anderer auszeichnet. Er geht mit der Forderung nach absoluter Homogenität der Gesellschaft einher, oft verbunden mit der Ablehnung von Minderheiten, Demokratie und pluralistischen Werten. Im Kern steht die Idee, dass die Nation nicht nur politisch, sondern auch kulturell und biologisch rein sein müsse, was häufig in rassistischen oder völkischen Ideologien mündet. Ein prägnantes Beispiel ist die NS-Ideologie ab 1933, die unter dem Deckmantel des „Volksgemeinschaft“-Gedankens systematische Ausgrenzung und Gewalt gegen Juden, Sinti und Roma sowie politische Gegner rechtfertigte. Diese Haltung gipfelt oft in der Forderung nach territorialer Expansion oder der Unterdrückung innerer „Feinde“, um die vermeintliche Größe der Nation zu sichern.

Rassismus M

Rassismus ist eine Ideologie, die Menschen aufgrund vermeintlicher biologischer Merkmale in hierarchische Gruppen einteilt und ihnen unterschiedliche Wertigkeiten zuweist. Diese Einteilung dient dazu, soziale, politische oder wirtschaftliche Ungleichheiten zu rechtfertigen und zu verfestigen, indem sie als „natürlich“ dargestellt werden. Im Nationalsozialismus wurde Rassismus systematisch zur Grundlage staatlicher Politik, etwa durch die Nürnberger Gesetze von 1935, die Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse erklärten. Die Ideologie behauptete eine Überlegenheit der „arischen Rasse“ und legitimierte damit Verfolgung, Entrechtung und schließlich den Völkermord. Rassismus funktioniert dabei nicht als starres Dogma, sondern passt sich an politische Ziele an – im NS-Regime etwa durch pseudowissenschaftliche „Rassenkunde“ oder die Konstruktion von Feindbildern.

Antisemitismus M

Antisemitismus ist die systematische Feindseligkeit oder Herabwürdigung von Jüdinnen und Juden, die sich nicht nur auf religiöse Vorurteile, sondern auf rassistische und pseudowissenschaftliche Ideologien stützt. Im Nationalsozialismus wurde er zu einem zentralen Element der Staatsdoktrin, indem er Juden als „minderwertige Rasse“ und „Volksfeinde“ darstellte, die für alle gesellschaftlichen Krisen verantwortlich gemacht wurden. Diese Ideologie rechtfertigte ab 1933 schrittweise Entrechtung,

Gewalt und schließlich den Völkermord im Holocaust. Durch Propaganda, wie die Hetzschrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ oder die NS-Zeitung „Der Stürmer“, wurde der Antisemitismus massenhaft verbreitet und normalisiert. Die rassistische Ideologie des Antisemitismus diente dabei als Instrument, um die Einheit der „Volksgemeinschaft“ zu beschwören und politische Gegner zu diffamieren.

Führerprinzip M

Das Führerprinzip war das zentrale Organisationsprinzip der nationalsozialistischen Herrschaft und ersetzte demokratische Strukturen durch eine hierarchische, autoritäre Führung. Es basierte auf der Idee, dass der „Führer“ – Adolf Hitler – als unfehlbarer und alleiniger Entscheidungsträger alle Macht in sich vereinte, während untergeordnete Ebenen (Partei, Staat, Gesellschaft) strikt nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam funktionierten. Durch die Ausschaltung von Kontrollinstanzen wie Parlamenten oder Gerichten wurde jede Kritik oder Abweichung als „Volksverrat“ gebrandmarkt und brutal unterdrückt. Das Prinzip diente nicht nur der Machtkonzentration, sondern auch der Mobilisierung der Bevölkerung für die rassenideologischen Ziele des Regimes. Praktisch umgesetzt wurde es etwa ab 1933 durch die Gleichschaltung aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die auf Hitler als obersten Lenker ausgerichtet wurden.

„Volksgemeinschaft“ M

Der Begriff Volksgemeinschaft bezeichnet im Nationalsozialismus ein zentrales Herrschaftskonzept, das die Überwindung sozialer und klassenbedingter Spaltungen zugunsten einer homogenen, rassistisch definierten Gemeinschaft propagierte. Sie diente als ideologische Grundlage für die Ausgrenzung und Verfolgung von Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma oder politischen Gegnern, die als „Volksfeinde“ galten. Durch die Inszenierung gemeinsamer „Volksfeste“ oder propagandistische Kampagnen wie die „Winterhilfe“ sollte die Illusion einer harmonischen, von Konflikten befreiten Gesellschaft erzeugt werden. Praktisch diente die Volksgemeinschaft als Instrument der sozialen Kontrolle, um Loyalität zum Regime zu erzwingen und Widerstand zu unterdrücken. Die rassistische Ausgrenzungspolitik gipfelte ab 1933 in Gesetzen wie dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das Juden systematisch aus dem öffentlichen Dienst ausschloss.

Antiliberalismus M

Der Antiliberalismus des Nationalsozialismus lehnte die Grundprinzipien des Liberalismus wie individuelle Freiheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit und pluralistische Meinungsvielfalt radikal ab. Stattdessen propagierte er eine völkisch-totalitäre Ordnung, in der der Einzelne der „Volksgemeinschaft“ untergeordnet und staatliche Macht absolut gesetzt wurde. Liberale Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften oder unabhängige Gerichte wurden systematisch zerschlagen, etwa durch das Ermächtigungsgesetz von 1933, das die Gewaltenteilung aushebelte. Die Ideologie stilisierte den Liberalismus als „undeutsch“ und „zersetzend“, um ihre eigene Herrschaft zu legitimieren. Indem sie Freiheit zugunsten einer rassistisch definierten „Volksordnung“ opferte, schuf sie die Grundlage für Diktatur und Menschenverachtung.

Antiparlamentarismus M

Antiparlamentarismus bezeichnet die grundsätzliche Ablehnung demokratischer Institutionen wie Parlamente oder pluralistischer Meinungsbildung. Im Nationalsozialismus wurde diese Haltung systematisch umgesetzt, etwa durch die Ausschaltung des Reichstags nach dem Reichstagsbrand 1933 und die Gleichschaltung der Länder 1934, die alle Macht in der Hand der NSDAP

konzentrierten. Die Ideologie stützte sich auf die Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“, die angeblich ohne Parteien oder Kompromisse auskam. Antiparlamentarische Rhetorik diente dabei als Rechtfertigung für die Abschaffung demokratischer Strukturen zugunsten einer autoritären Diktatur.

Antiindividualismus M

Der Antiindividualismus im Nationalsozialismus negierte die Autonomie und Würde des Einzelnen zugunsten einer kollektiven Identität, die sich über Rasse, Nation oder „Volksgemeinschaft“ definierte. Individuelle Rechte und Freiheiten wurden systematisch der vermeintlichen „höheren“ Ordnung untergeordnet, etwa durch die Entrechtung von Juden ab 1933 oder die Zwangssterilisationen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (1933). Der Mensch galt nicht als eigenständiges Subjekt, sondern als austauschbares Glied in einer hierarchisch gegliederten Masse, deren Wert sich aus seiner Nützlichkeit für das Kollektiv ableitete. Diese Haltung fand ihren Ausdruck in der Propaganda, die den Einzelnen als „Soldat des Führers“ oder „Diener der Nation“ adressierte und persönliche Opferbereitschaft einforderte. Durch die Abschaffung rechtsstaatlicher Prinzipien wie der Gewaltenteilung wurde der Antiindividualismus schließlich zur Grundlage totalitärer Herrschaft.

„Lebensraum im Osten“ M

Der Begriff „Lebensraum im Osten“ war ein zentrales Element der nationalsozialistischen Ideologie und diente als pseudowissenschaftliche Rechtfertigung für die Eroberung und Ausbeutung Osteuropas. Er bezog sich auf die rassistische Vorstellung, die „arische Herrenrasse“ benötige zusätzliche Siedlungsgebiete, um ihre „biologische Existenz“ zu sichern – ein Konzept, das eng mit der NS-Rassenlehre und der Ablehnung des Versailler Vertrags verknüpft war. Praktisch umgesetzt wurde diese Idee ab 1939 durch die gewaltsame Vertreibung und Versklavung der slawischen Bevölkerung, etwa in Polen oder der Sowjetunion, wo Millionen Menschen in Lagern oder als Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden. Die Eroberung dieser Gebiete sollte gleichzeitig die wirtschaftliche Ausplünderung sichern, etwa durch die Ausbeutung von Rohstoffen und die Ausrottung oder Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung. Hinter dem Begriff verbarg sich also ein brutales Programm der Gewalt, das auf rassistischer Ideologie und imperialistischen Machtansprüchen beruhte.

() Herrschaftsmodelle im 20. Jahrhundert: Bedrohung von Demokratie und Freiheit

(7) Machterwerb und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus analysieren und bewerten

„Machtergreifung“ M

Der Begriff Machtergreifung beschreibt den gezielten Prozess, mit dem die NSDAP unter Adolf Hitler 1933 die demokratischen Strukturen der Weimarer Republik systematisch ausschaltete und die Macht im Staat an sich riss. Dabei nutzte sie legale Mittel wie das Ermächtigungsgesetz (März 1933), das ihr diktatorische Vollmachten gab, kombiniert mit massiver Gewalt gegen politische Gegner, etwa durch die Verfolgung von Kommunisten nach dem Reichstagsbrand. Entscheidend war die schrittweise Ausschaltung der Gewaltenteilung: Parteien wurden verboten, Gewerkschaften zerschlagen, und ab Juli 1933 gab es nur noch die NSDAP als zugelassene Partei. Die Gleichschaltung der Länder und Institutionen sicherte die totale Kontrolle über Staat und Gesellschaft. Innerhalb weniger Monate wandelte sich die Republik so in eine totalitäre Diktatur – ein Musterbeispiel dafür, wie

demokratische Institutionen von innen heraus ausgehebelt werden können.

NSDAP M

Die NSDAP, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, war die einzige zugelassene Partei im nationalsozialistischen Deutschland und bildete das zentrale Machtinstrument des Regimes. Sie entstand 1920 aus der Umbenennung der Deutschen Arbeiterpartei und wurde unter Adolf Hitler ab 1921 durch eine straffe Führung und propagandistische Massenmobilisierung zur Massenpartei ausgebaut. Ihre Ideologie vereinte völkischen Nationalismus, rassistische Antisemitismus und einen radikalen Führerkult, der die Demokratie und individuelle Freiheitsrechte systematisch ablehnte. Durch die Gleichschaltung 1933/34 wurde sie zur alleinigen Trägerin der Staatsmacht und organisierte die Durchsetzung der NS-Herrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ihre Strukturen wie die SA und später die SS dienten dabei nicht nur der Machtkonsolidierung, sondern auch der gewaltsamen Unterdrückung von Opposition und Minderheiten.

Pseudolegalität M

Der Begriff Pseudolegalität beschreibt eine Strategie, bei der Macht durch scheinbar legale Mittel ausgebaut wird, obwohl diese Methoden inhaltlich gegen demokratische Prinzipien oder bestehende Gesetze verstoßen. Im nationalsozialistischen Kontext nutzte das Regime etwa das Ermächtigungsgesetz von 1933, das formal durch den Reichstag beschlossen wurde, aber durch Einschüchterung, Ausschluss oppositioneller Abgeordneter und Manipulation der Abstimmung zustande kam. Dadurch wurde der Schein der Legalität gewahrt, obwohl die Handlung demokratische Grundsätze wie freie Wahlen oder Gewaltenteilung untergrub. Pseudolegalität diente so als Instrument, um autoritäre Herrschaft schrittweise zu etablieren, ohne offen gegen geltendes Recht zu verstoßen. Sie zeigt, wie Machtstrukturen durch formale Verfahren legitimiert werden, während ihr Inhalt diese Verfahren systematisch aushöhlt.

„Gleichschaltung“ M

Gleichschaltung bezeichnet den systematischen Prozess, mit dem die NSDAP ab 1933 alle gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Bereiche unter ihre Kontrolle brachte und die bestehende Ordnung durch eine zentralisierte, totalitäre Herrschaft ersetzte. Dazu gehörten die Auflösung oder Umformung von Parteien, Verbänden und Institutionen – etwa die Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 oder die Gleichschaltung der Länder durch das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ im März desselben Jahres. Selbst Vereine, Medien und Bildungseinrichtungen wurden nach ideologischen Vorgaben umgestaltet, um jede Form von Pluralismus zu unterbinden. Ziel war die vollständige Unterordnung aller Lebensbereiche unter die nationalsozialistische Ideologie, um Widerstand von vornherein unmöglich zu machen.

Diktatur M

Eine Diktatur ist eine Herrschaftsform, in der alle politische Macht bei einer einzelnen Person oder einer kleinen Gruppe liegt, während die Bevölkerung systematisch von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen wird. Kennzeichnend sind die Ausschaltung oppositioneller Kräfte, die Unterdrückung grundlegender Freiheitsrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche durch den Staat. Im Gegensatz zu demokratischen Systemen gibt es keine Gewaltenteilung, sondern eine Konzentration der Macht in den Händen der Herrschenden, die sich oft auf Gewalt, Propaganda und Terror stützen. Ein prägnantes Beispiel ist das nationalsozialistische Regime ab 1933, das durch das Ermächtigungsgesetz und die Gleichschaltung alle demokratischen Strukturen zerstörte und eine totalitäre Diktatur errichtete.

Massenmobilisierung

Massenmobilisierung bezeichnet den gezielten Prozess, durch den eine politische Bewegung oder ein Regime breite Bevölkerungsschichten aktiv in politische Aktionen einbindet, um Unterstützung zu generieren und Gegner einzuschüchtern. Im Nationalsozialismus diente sie der Schaffung einer scheinbaren Volksgemeinschaft, die durch Inszenierungen wie den Reichsparteitag 1934 in Nürnberg oder die „Machtergreifung“ 1933 sichtbar wurde. Durch Propaganda, Massenveranstaltungen und symbolische Rituale wurde eine emotionale Bindung an den Führer und die Ideologie erzeugt, die kritische Distanz unterdrückte. Die Mobilisierung basierte auf einfachen Botschaften, kollektiven Erlebnissen und der Ausgrenzung von Minderheiten als „Feindbilder“. So entstand eine scheinbar homogene Masse, die als Machtinstrument des Regimes fungierte.

Massenorganisation

Eine Massenorganisation ist ein zentrales Instrument totalitärer Herrschaft, das durch die systematische Einbindung möglichst vieler Menschen in kontrollierte Strukturen Loyalität sichert und Opposition unterdrückt. Sie dient dazu, die Gesellschaft nach ideologischen Vorgaben zu durchdringen und staatliche Macht durch scheinbare Volksnähe zu legitimieren. Im Nationalsozialismus wurden etwa die Hitlerjugend (ab 1936 Pflichtmitgliedschaft) oder der Deutsche Arbeitsfront (DAF) genutzt, um Jugendliche, Arbeiter und andere Gruppen ideologisch zu formen und in den Dienst des Regimes zu stellen. Durch die Mitgliedschaft in solchen Organisationen wurde der Einzelne in ein Netz aus Überwachung, Indoktrination und sozialem Druck eingebunden, das Widerstand erschwerte. Gleichzeitig ermöglichten Massenorganisationen eine scheinbare Partizipation, die die Illusion einer „Volksgemeinschaft“ stärkte, während sie in Wahrheit der Machtkonzentration und Kontrolle diente.

Vierjahresplan

Der Vierjahresplan war ein wirtschaftspolitisches Programm der NS-Führung, das 1936 von Hermann Göring initiiert wurde, um die deutsche Wirtschaft auf einen möglichen Krieg vorzubereiten. Ziel war die Autarkie Deutschlands, also die Unabhängigkeit von ausländischen Rohstoffen und Importen, um im Falle einer Blockade handlungsfähig zu bleiben. Dazu wurden prioritär synthetischer Kautschuk (z. B. Buna), Treibstoff aus Kohle und Ersatzstoffe für Metalle produziert, oft unter Zwangsarbeit und Ausbeutung von besetzten Gebieten. Der Plan markierte den Übergang von einer zunächst auf Konsolidierung ausgerichteten Wirtschaftspolitik hin zu einer rüstungspolitischen Mobilmachung. Bis 1939 zeigte sich jedoch, dass die Ziele nur teilweise erreicht wurden – etwa bei der Treibstoffproduktion, die hinter den Planvorgaben zurückblieb.

Aufrüstung

Aufrüstung bezeichnet die gezielte Verstärkung militärischer Kapazitäten eines Staates, insbesondere durch die Vermehrung von Waffen, Truppen und Rüstungsindustrie. Im Kontext des Nationalsozialismus diente sie nicht nur der Vorbereitung auf einen möglichen Krieg, sondern war zentraler Bestandteil der ideologischen und propagandistischen Mobilisierung. Ab 1935 trieb das NS-Regime die Aufrüstung massiv voran, etwa durch den „Wehrmachtbericht“ oder die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, um die eigene Macht zu demonstrieren und innere Opposition zu unterdrücken. Die damit verbundene Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsvorbereitung führte zu Arbeitsplatzsicherung, aber auch zu Zwangsmaßnahmen wie der Ausbeutung besetzter Gebiete. Letztlich schuf die Aufrüstung die materielle Grundlage für die expansionistische Politik, die ab 1939 in den Zweiten Weltkrieg mündete.

„sozialer Volksstaat“ M

Der Begriff „sozialer Volksstaat“ bezeichnet ein zentrales Herrschaftskonzept des Nationalsozialismus, das scheinbar widersprüchlich soziale Gerechtigkeit und rassistische Ausgrenzung verband. Er suggerierte eine „Volksgemeinschaft“, die alle „arischen“ Deutschen einbezog, während gleichzeitig Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma oder politische Gegner systematisch ausgegrenzt und verfolgt wurden. Durch soziale Maßnahmen wie die „Kraft durch Freude“-Organisation oder die Förderung der „Volksgenossen“ sollte die Loyalität der Bevölkerung gesichert werden, während die NS-Führung gleichzeitig eine militarisierte Diktatur errichtete. Die Rhetorik des „sozialen Volksstaats“ diente damit als propagandistisches Werkzeug, um die NS-Herrschaft zu legitimieren und den Anschein einer inklusiven, aber in Wahrheit rassistisch definierten Gemeinschaft zu erwecken. Praktisch umgesetzt wurde dieses Modell etwa ab 1933 durch Gesetze wie das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das Juden und politisch Unerwünschte aus dem Staatsdienst entfernte.

Propaganda M

Propaganda bezeichnet die gezielte, systematische Beeinflussung von Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen durch Medien, Reden oder andere Kommunikationsformen, um politische Ziele durchzusetzen. Im Nationalsozialismus diente sie vor allem der Legitimation der Diktatur, der Diffamierung von Minderheiten wie Juden oder politischen Gegnern und der Mobilisierung der Bevölkerung für den Krieg. Sie nutzte emotionale Appelle, Vereinfachungen und Wiederholungen, um komplexe Sachverhalte zu manipulieren – etwa durch den „Stürmer“ oder die NS-Propagandafilme wie „Jud Süß“ (1940). Durch die Kontrolle aller öffentlichen Kanäle wurde Propaganda zum zentralen Instrument der Herrschaftssicherung, das Realität gezielt umdeutete und dissentierende Stimmen ausschloss.

Personenkult M

Der Personenkult ist ein zentrales Instrument totalitärer Herrschaft, bei dem eine einzelne Person durch gezielte Inszenierung und Propaganda als unfehlbarer, fast übermenschlicher Führer dargestellt wird. Diese Überhöhung dient dazu, Kritik an der Person zu unterbinden und absolute Loyalität zu erzwingen, indem sie als Garant für Ordnung und Größe des Staates präsentiert wird. Im Nationalsozialismus wurde dieser Kult um Adolf Hitler besonders systematisch betrieben, etwa durch die ritualisierte Verehrung in Massenveranstaltungen wie dem Reichsparteitag oder die omnipräsente Darstellung in Medien und Kunst ab den 1930er-Jahren. Die Inszenierung als „Führer“ verschleierte dabei reale Machtstrukturen und lenkte von strukturellen Problemen ab, indem sie persönliche Treue über institutionelle Verantwortung stellte. Durch die emotionale Bindung an die Figur des Führers sollte die Bevölkerung für ideologische Ziele mobilisiert und jede Form des Widerstands als Verrat an der „Volksgemeinschaft“ diskreditiert werden.

Massenkultur M

Der Begriff Massenkultur beschreibt die gezielte Produktion und Verbreitung kultureller Inhalte für ein breites Publikum, das durch moderne Medien wie Radio, Film und Presse erreicht wird. Im Nationalsozialismus diente sie als Instrument der Propaganda, um eine scheinbare Volksgemeinschaft zu inszenieren und oppositionelle Stimmen zu marginalisieren. Durch die Gleichschaltung der Kulturinstitutionen ab 1933 wurden etwa Filme wie Jud Süß (1940) oder die wöchentlichen Wochenschauen gezielt genutzt, um Feindbilder zu verstärken und die Ideologie des Regimes zu verbreiten. Die Massenkultur wurde so zur Waffe der Herrschaftssicherung, indem sie Emotionen steuerte und kritisches Denken unterdrückte. Ihre Wirkung beruhte auf der scheinbaren Unterhaltung, die gleichzeitig politische Indoktrination transportierte.

Terror M

Terror bezeichnet die systematische Einschüchterung, Gewalt und Unterdrückung von Oppositionellen durch den Staat oder staatlich geduldete Gruppen, um politische Gegner einzuschüchtern, die Bevölkerung gefügig zu machen und oppositionelle Strukturen zu zerschlagen. Im Nationalsozialismus wurde Terror zentral durch die Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und die SS organisiert, etwa durch willkürliche Verhaftungen, Folter in Lagern wie dem frühen KZ Dachau (ab 1933) oder die Ermordung von Regimekritikern wie Ernst Röhm im Rahmen des „Röhm-Putsches“ 1934. Ziel war nicht nur die physische Ausschaltung von Gegnern, sondern auch die Erzeugung eines Klimas der Angst, das jeden Widerstand im Keim erstickte. Die Instrumentalisierung von Recht, wie im Gesetz zur Abwehr von Volksfeinden (1933), legalisierte diesen Terror und machte ihn zu einem zentralen Herrschaftsinstrument. Durch die Verquickung von staatlicher Gewalt mit ideologischer Propaganda entstand ein System, das Freiheit und Demokratie systematisch auslöschte.

Konzentrationslager M

Ein Konzentrationslager war im nationalsozialistischen Herrschaftssystem ein zentrales Instrument der Unterdrückung und Vernichtung, das ab 1933 zunächst zur Ausschaltung politischer Gegner wie Kommunisten oder Sozialdemokraten eingerichtet wurde. Ab 1936 dienten die Lager zunehmend der rassistischen Ausgrenzung, etwa durch die Inhaftierung von Sinti und Roma, Homosexuellen oder „Asozialen“, bevor sie im Zuge des Zweiten Weltkriegs zum systematischen Massenmord an Juden, Polen und anderen Gruppen im Rahmen der „Endlösung“ umfunktioniert wurden. Die Lager waren keine bloßen Haftstätten, sondern Orte organisierter Gewalt, Zwangsarbeit und gezielter Demütigung, in denen Häftlinge durch Hunger, Folter oder willkürliche Exekutionen gezielt entmenslicht wurden. Ein bekanntes frühes Beispiel ist das KZ Dachau, das bereits 1933 als erstes großes Lager eröffnet wurde und als Modell für das spätere Lagersystem diente. Die Lager waren damit nicht nur Ausdruck totalitärer Herrschaft, sondern zentraler Bestandteil ihrer terroristischen Praxis.

Verfolgung M

Verfolgung bezeichnet im Kontext des Nationalsozialismus die systematische Entrechtung, Ausgrenzung und gewaltsame Unterdrückung von Personen oder Gruppen aufgrund rassistischer, politischer oder ideologischer Kriterien. Sie begann bereits kurz nach der Machtübernahme 1933 mit Boykotten jüdischer Geschäfte und der Entlassung politischer Gegner aus dem öffentlichen Dienst, etwa durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im April desselben Jahres. Die Verfolgung eskalierte ab 1935 mit den Nürnberger Gesetzen, die Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse erklärten, und mündete ab 1938 in offene Gewalt wie der Reichspogromnacht, bei der Synagogen brannten und tausende Juden verhaftet wurden. Sie war kein spontaner Prozess, sondern ein zentrales Herrschaftsinstrument, das durch Gesetze, Propaganda und Terror organisiert wurde, um eine homogene „Volksgemeinschaft“ zu erzwingen.

„Euthanasie“ M

Der Begriff „Euthanasie“ bezeichnet im Kontext des Nationalsozialismus die systematische Ermordung von Menschen, die als „lebensunwert“ oder „minderwertig“ eingestuft wurden – darunter vor allem Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen oder chronischen Krankheiten. Diese Praxis wurde ab 1939 unter dem Decknamen „Aktion T4“ zentral organisiert, benannt nach der Berliner Tiergartenstraße 4, wo die Planungszentrale saß. Die Opfer wurden in speziellen Tötungsanstalten durch Gas oder Medikamente ermordet, wobei die Auswahl oft auf Grundlage von Gutachten oder Meldebögen erfolgte. Hinter der Ideologie stand die

rassistische Vorstellung einer „Volksgesundheit“, die durch die Beseitigung vermeintlich „schädlicher“ Elemente gestärkt werden sollte. Die Aktion T4 wurde 1941 offiziell eingestellt, doch die Ermordung von Menschen mit Behinderungen setzte sich in anderen Formen fort, etwa in den besetzten Gebieten oder durch gezielte Vernachlässigung.

Deportation M

Deportation bezeichnet die zwangsweise Verschleppung von Menschen durch staatliche Organe, oft in organisierter Form und mit dem Ziel der Entrechtung oder Vernichtung. Im Kontext des Nationalsozialismus diente sie als zentrales Mittel der systematischen Verfolgung, etwa durch die systematische Deportation von Jüdinnen und Juden in Ghettos oder Vernichtungslager wie Auschwitz ab 1941. Die Opfer wurden unter Anwendung von Gewalt und unter Ausnutzung bürokratischer Strukturen aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen, was die Entrechtung und spätere Ermordung vorbereitete. Die Deportationen erfolgten häufig nach rassistischen oder politischen Kriterien und waren Teil einer gezielten Vernichtungspolitik. Die Durchführung lag in der Hand von SS, Gestapo und anderen Institutionen, die mit logistischer Präzision und ideologischer Radikalität agierten.

„Umvolkung“ M

Der Begriff „Umvolkung“ bezeichnet die rassistische NS-Ideologie, die eine gezielte Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung durch Vertreibung, Zwangsumsiedlung oder Vernichtung bestimmter Gruppen anstrebte. Im Kern ging es um die Schaffung einer „rein deutschen“ Volksgemeinschaft, die durch die Ausgrenzung oder Eliminierung von Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma oder slawischen Bevölkerungsgruppen erreicht werden sollte. Praktisch umgesetzt wurde dies etwa ab 1939 im „Generalplan Ost“, der die Vertreibung und Ermordung von Millionen Menschen im besetzten Osteuropa vorsah. Die Ideologie diente zugleich als Rechtfertigung für den Holocaust und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Rassendiktatur M

Der Begriff „Rassendiktatur“ beschreibt ein Herrschaftsmodell, in dem die politische Macht systematisch auf einer pseudowissenschaftlichen Rassentheorie beruht. Die NS-Herrschaftspraxis institutionalisierte diese Ideologie durch Gesetze wie das „Reichsbürgergesetz“ 1935 oder die „Nürnberger Gesetze“ 1938, die Bürger aufgrund ihrer angeblichen Abstammung in „Reichsbürger“ und „Staatsbürger zweiter Klasse“ unterteilten. Konkrete Beispiele für die Umsetzung dieser Rassentheorie sind die Zwangssterilisierungen von über 300.000 Menschen ab 1933 oder der systematische Völkermord am „Jom HaShoa“ 1943.

„Lebensraum im Osten“ M

Der Begriff „Lebensraum im Osten“ war ein zentrales Element der nationalsozialistischen Ideologie und diente als pseudojustifizierende Grundlage für die Eroberung und Ausbeutung Osteuropas. Er ging auf Hitlers Schrift „Mein Kampf“ (1925/26) zurück und wurde ab 1939 systematisch in die Praxis umgesetzt, etwa durch die brutale Besatzungspolitik in Polen und der Sowjetunion. Die NS-Führung behauptete, die deutsche „Volksgemeinschaft“ benötige zusätzlichen Siedlungsraum, um ihre „rassische Überlegenheit“ zu sichern – ein Vorwand für Vertreibungen, Versklavung und Völkermord. Die Umsetzung erfolgte durch Pläne wie den „Generalplan Ost“ (ab 1941), der die Ermordung oder Deportation von Millionen Slawen und Juden vorsah, um „arischen“ Siedlern Platz zu machen. Hinter diesem Konzept stand die rassistische Vorstellung einer hierarchischen Ordnung der „Herrenrasse“ über „minderwertige“ Völker.

Massenloyalität M

Massenloyalität bezeichnet die emotionale und ideologische Bindung großer Bevölkerungsgruppen an ein Herrschaftssystem, die dessen Stabilität sichert – selbst wenn dieses System demokratische Prinzipien untergräbt oder Gewalt einsetzt. Sie entsteht nicht durch freie Überzeugung, sondern wird gezielt durch Propaganda, Inszenierung und die Befriedigung materieller oder emotionaler Bedürfnisse erzeugt, etwa durch Arbeitsbeschaffungsprogramme wie den Bau der Reichsautobahnen ab 1933. Im NS-Regime wurde sie zusätzlich durch die Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Bereiche, die Kultivierung eines Führerkults um Hitler und die Ausgrenzung von „Volksfeinden“ verstärkt, die als Bedrohung für die vermeintliche „Volksgemeinschaft“ dargestellt wurden. Diese Loyalität war oft oberflächlich und beruhte auf Angst, Opportunismus oder der Hoffnung auf sozialen Aufstieg, nicht auf einer grundsätzlichen Zustimmung zum System.

Widerstand M

Widerstand bezeichnet alle Handlungen, die sich gegen die Herrschaftsausübung eines totalitären Regimes richten und dessen Machtstrukturen infrage stellen. Dazu gehören sowohl offene Opposition als auch verdeckte Formen wie Sabotage, Flugblattaktionen oder geheime Netzwerke. Widerstand kann individuell oder kollektiv organisiert sein und zielt darauf ab, die Unterdrückung zu schwächen oder das Regime zu stürzen. Ein bekanntes Beispiel ist der 20. Juli 1944, als Offiziere des deutschen Militärs einen Attentatversuch auf Hitler unternahmen, um das NS-Regime zu beenden. Entscheidend ist, dass Widerstand nicht nur physische Aktionen umfasst, sondern auch geistige und moralische Formen wie das Bewahren demokratischer Werte oder das Verweigern von Anpassung.

() Herrschaftsmodelle im 20. Jahrhundert: Bedrohung von Demokratie und Freiheit

(8) die Herrschaftspraxis im Stalinismus charakterisieren und bewerten

Diktatur M

Eine Diktatur ist eine Herrschaftsform, in der alle politische Macht bei einer Einzelperson oder einer kleinen Gruppe konzentriert ist und diese Macht ohne demokratische Legitimation, also ohne freie Wahlen oder Gewaltenteilung, ausgeübt wird. Sie zeichnet sich durch die systematische Unterdrückung oppositioneller Kräfte, die Einschränkung grundlegender Freiheitsrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Instrumentalisierung von Gewaltapparaten wie Polizei oder Geheimdiensten aus. Im Stalinismus zeigte sich dies etwa durch die stalinistischen Säuberungen der 1930er-Jahre, in denen Hunderttausende willkürlich verhaftet, deportiert oder hingerichtet wurden. Charakteristisch ist zudem die Ideologisierung der Herrschaft, die oft mit einem Führerkult und der Inszenierung einer scheinbaren Volksnähe einhergeht, um die Macht zu stabilisieren. Die Diktatur zielt darauf ab, jede Form von Widerstand im Keim zu ersticken und die Gesellschaft vollständig zu kontrollieren.

Massenmobilisierung M

Massenmobilisierung bezeichnet den gezielten Einsatz großer Bevölkerungsgruppen für politische Ziele, etwa durch Propaganda, Massenveranstaltungen oder ideologische Indoktrination. Im Stalinismus diente sie dazu, die Bevölkerung in den Dienst der Partei zu stellen und oppositionelle Kräfte zu isolieren. Durch ritualisierte Kundgebungen, wie die alljährlichen Maiparaden ab 1929, wurde Loyalität

demonstriert und ein Gefühl der kollektiven Teilhabe erzeugt. Gleichzeitig diene die Mobilisierung der Überwachung und Disziplinierung, etwa durch die Einbindung in „Stoßbrigaden“ oder die Denunziation von „Klassenfeinden“. Die Inszenierung von Einmütigkeit kaschierte dabei oft reale Machtkonzentration und Gewaltstrukturen.

Massenorganisation M

Eine Massenorganisation ist ein Instrument autoritärer Herrschaft, das durch die Einbindung großer Bevölkerungsgruppen in scheinbar freiwillige, aber staatlich gesteuerte Strukturen die Kontrolle über die Gesellschaft sichert. Sie dient dazu, Loyalität zu erzeugen, oppositionelle Kräfte zu isolieren und die Bevölkerung in das Herrschaftssystem einzubinden – oft unter dem Deckmantel ideologischer oder sozialer Ziele. Im Stalinismus wurden solche Organisationen wie die Komsomol (Kommunistische Jugendunion, gegründet 1918) oder die Gewerkschaften systematisch genutzt, um die Bevölkerung zu mobilisieren und abweichendes Denken zu unterdrücken. Durch die Kontrolle über Mitgliedschaft, Propaganda und Aktivitäten wurden sie zu verlängerter Arm des Staates, der Dissens im Keim erstickte. Die scheinbare Partizipation diene dabei vor allem der Legitimation und der Überwachung von unten.

Fünfjahresplan M

Der Fünfjahresplan war ein zentrales Instrument der sowjetischen Planwirtschaft unter Stalin, mit dem die Industrialisierung des Landes in kürzester Zeit vorangetrieben werden sollte. Er legte verbindliche Produktionsziele für Industriezweige fest, die von staatlichen Behörden kontrolliert und durchgesetzt wurden – etwa für Stahl, Kohle oder Maschinenbau. Um diese Vorgaben zu erreichen, wurden Ressourcen gezielt in Schwerindustrie und Rüstungsproduktion gelenkt, oft auf Kosten der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft. Ein bekanntes Beispiel ist der erste Fünfjahresplan (1928–1932), der trotz katastrophaler Misserfolge wie der Hungersnot in der Ukraine (Holodomor) als Erfolg propagiert wurde. Die Pläne dienten nicht nur der wirtschaftlichen Umgestaltung, sondern auch der politischen Kontrolle, da Abweichungen als „Sabotage“ oder „Konterrevolution“ verfolgt wurden.

Kollektivierung M

Die Kollektivierung war ein zentraler Bestandteil der stalinistischen Wirtschaftspolitik ab 1929 und zielte auf die Zusammenlegung privater Bauernhöfe in staatlich kontrollierte Großbetriebe, die Kolchosen. Sie sollte die landwirtschaftliche Produktion steigern, die Versorgung der Städte sichern und gleichzeitig die politische Kontrolle über die Landbevölkerung stärken. Widerstand der Bauern, etwa durch Schlachtung von Vieh oder Sabotage, wurde brutal unterdrückt, etwa durch die Entkulakisierung, bei der wohlhabendere Bauern als „Klassenfeinde“ deportiert oder ermordet wurden. Die Folgen waren katastrophal: Durch Zwangsabgaben, Missmanagement und Hungersnöte wie die Holodomor in der Ukraine 1932/33 starben Millionen Menschen. Langfristig festigte die Kollektivierung die totale Herrschaft des Staates über Wirtschaft und Gesellschaft.

Industrialisierung M

Industrialisierung meint hier den forcierten, staatlich gelenkten Aufbau einer modernen Industrie, der im Stalinismus ab den späten 1920er-Jahren mit brutaler Effizienz vorangetrieben wurde. Sie diene nicht primär wirtschaftlicher Entwicklung, sondern der Machtkonsolidierung: Durch die Umstrukturierung der Wirtschaft in Fünfjahrespläne (ab 1928) sollten die Produktionskapazitäten radikal gesteigert und die Sowjetunion in kürzester Zeit autark gemacht werden. Die Industrialisierung ging einher mit der Kollektivierung der Landwirtschaft, die Millionen Menschen in die Städte trieb und gleichzeitig die Versorgung der Arbeiterklasse sichern sollte. Als Symbol

dieser Politik steht etwa der Bau des Magnitogorsk-Werks ab 1929, das innerhalb weniger Jahre aus dem Boden gestampft wurde – auf Kosten extremer Arbeitsbedingungen und politischer Repression.

Propaganda M

Propaganda bezeichnet die gezielte, systematische Verbreitung von Informationen, Ideen oder Botschaften, um Meinungen zu formen, Verhalten zu steuern und politische Ziele durchzusetzen. Im Stalinismus diente sie vor allem der Legitimation der Herrschaft, der Mobilisierung der Bevölkerung und der Unterdrückung oppositioneller Stimmen. Durch die Kontrolle aller Medien, Kunst und Bildung wurde eine scheinbare Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung erzeugt, die Abweichungen als „Volksfeindlichkeit“ brandmarkte. Ein zentrales Instrument war die Inszenierung Stalins als unfehlbarer Führer, etwa in Filmen wie Tschapajew (1934), die seine angebliche historische Größe überhöhten. Die Propaganda nutzte dabei emotionale Appelle, Vereinfachungen und gezielte Falschinformationen, um eine scheinbare Realität zu konstruieren, die kritische Reflexion ausschloss.

Personenkult M

Der Personenkult ist eine gezielte Inszenierung der absoluten Verehrung eines politischen Führers, die dessen Macht legitimieren und die Gesellschaft emotional an ihn binden soll. Durch propagandistische Mittel wie staatlich kontrollierte Medien, monumentale Darstellungen oder ritualisierte Loyalitätsbekundungen wird der Herrscher als unfehlbarer, fast übermenschlicher Führer dargestellt, dessen Entscheidungen niemals infrage gestellt werden dürfen. Im Stalinismus erreichte dieser Kult seinen Höhepunkt, etwa mit der Darstellung Stalins als „Vater der Völker“ in offiziellen Porträts oder der Umbenennung von Städten wie Stalingrad nach ihm. Die systematische Überhöhung des Führers diente dazu, Kritik an der Politik zu unterdrücken und die Bevölkerung in eine passive, gehorsame Rolle zu drängen. Gleichzeitig wurde der Personenkult genutzt, um innere Gegner – etwa durch „Säuberungen“ – als „Feinde des Volkes“ zu stigmatisieren und ihre Beseitigung zu rechtfertigen.

Massenkultur M

Der Begriff Massenkultur bezeichnet im Kontext des Stalinismus die gezielte Produktion und Verbreitung von Kunst, Literatur und Medien, die nicht individuelle Ausdrucksformen, sondern kollektive Ideale der sozialistischen Gesellschaft propagieren sollten. Sie diente als Instrument der Herrschaftssicherung, indem sie durch standardisierte, leicht verständliche Inhalte die Bevölkerung emotional an das Regime band und abweichende Meinungen ausschloss. Beispiele sind die sozialistischen Realismus-Vorgaben in der Literatur ab 1932 oder die staatlich kontrollierten Filmproduktionen, die Helden der Arbeit oder den „Neuen Sowjetmenschen“ verherrlichten. Durch die Kontrolle über Verlage, Theater und Rundfunk wurde Massenkultur zur Massenmanipulation, die Kritik oder Subversion systematisch unterdrückte.

Terror M

Terror bezeichnet im stalinistischen Herrschaftssystem ein zentrales Instrument der Machtausübung, das durch systematische Gewalt, Einschüchterung und willkürliche Verfolgung die Bevölkerung unterwirft. Er zielt darauf ab, Opposition im Keim zu ersticken und absolute Loyalität zum Regime zu erzwingen, indem er Angst als Steuerungsmittel einsetzt. Typisch sind Massenverhaftungen, Schauprozesse wie die Moskauer Prozesse (1936–1938) oder die Deportation ganzer Bevölkerungsgruppen in den Gulag. Durch die Kombination von Geheimpolizei (NKWD), Denunziation und willkürlichen Urteilen wird der Terror zu einem strukturellen Element des Systems, das

selbst treue Parteimitglieder nicht verschont. Die Folge ist eine Gesellschaft, in der Misstrauen und Selbstzensur herrschen, während der Diktator seine Macht durch permanente Bedrohung sichert.

Gulag M

Der Gulag war ein System von Arbeitslagern in der Sowjetunion, das ab den 1920er-Jahren unter Lenin und später massiv unter Stalin ausgebaut wurde. Millionen Menschen wurden dort ohne rechtsstaatliches Verfahren interniert, oft wegen angeblicher „konterrevolutionärer“ oder „antisowjetischer“ Aktivitäten. Die Lager dienten nicht nur der Bestrafung, sondern auch der wirtschaftlichen Ausbeutung – etwa beim Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals (1931–1933), bei dem Zehntausende Häftlinge unter lebensbedrohlichen Bedingungen arbeiteten. Die Bedingungen im Gulag waren extrem: Hunger, Kälte, Zwangsarbeit und willkürliche Gewalt prägten den Alltag der Inhaftierten. Insgesamt durchliefen schätzungsweise 18 Millionen Menschen das System, von denen viele in den Lagern starben oder lebenslang gezeichnet blieben.

Schauprozess M

Ein Schauprozess ist ein inszeniertes Gerichtsverfahren, das vor allem der öffentlichen Zurschaustellung politischer Gegner diene und deren vermeintliche Schuld bereits im Vorfeld feststand. Die Anklagen waren konstruiert, Beweise fabriziert und Geständnisse unter Folter oder psychischem Druck erzwungen – wie etwa im Moskauer Prozess gegen Leo Trotzki und seine angeblichen Mitverschwörer 1936 bis 1938. Ziel war nicht Rechtsprechung, sondern die Demonstration absoluter Macht und die Einschüchterung der Bevölkerung durch scheinbare „Rechtmäßigkeit“. Die Verfahren folgten einem festen Muster: propagandistisch aufbereitete Anklagen, inszenierte Geständnisse und vorab festgelegte Urteile, meist Todesstrafen. Durch diese Praxis wurde das Rechtssystem zum Instrument der Diktatur und die Justiz vollständig der Partei untergeordnet.

Deportation M

Deportation bezeichnet die zwangsweise Umsiedlung von Menschen oder Bevölkerungsgruppen durch staatliche Organe, oft mit dem Ziel der ethnischen Homogenisierung, politischen Unterdrückung oder wirtschaftlichen Ausbeutung. Im Stalinismus wurden ganze Volksgruppen – etwa die Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren oder Deutsche aus der Wolga-Region – 1941–1944 oder 1948 kollektiv in entlegene Gebiete der Sowjetunion deportiert, häufig unter menschenunwürdigen Bedingungen in Viehwagen. Die Maßnahmen erfolgten ohne rechtliche Grundlage oder individuelle Schuldzuweisung, sondern als Instrument der kollektiven Bestrafung oder zur Beseitigung vermeintlicher „Staatsfeinde“. Überlebende berichteten später von hohen Sterberaten durch Hunger, Kälte oder Zwangsarbeit in den Verbannungsorten. Die Deportationen dienten der zentralen Machtkonzentration und der Durchsetzung stalinistischer Herrschaftsziele durch Terror und systematische Entrechtung.

„Entkulakisierung“ M

Entkulakisierung bezeichnete die gewaltsame Enteignung und Vertreibung der wohlhabenderen Bauern, der sogenannten Kulaken, in der Sowjetunion ab 1929. Sie war Teil der stalinschen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und zielte darauf ab, die bäuerliche Eigenständigkeit zu brechen, um die Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion zu zentralisieren. Die Aktion führte zu massiver Verelendung, Deportationen in Arbeitslager und Millionen Toten durch Hunger oder Repression. Ein besonders brutales Beispiel war die Zwangsumsiedlung ganzer Familien in den Norden oder nach Sibirien, oft ohne Rücksicht auf Verluste. Die Entkulakisierung diente nicht nur der wirtschaftlichen Umstrukturierung, sondern auch

der politischen Ausschaltung potenzieller Widerstände gegen das Regime.

Klassendiktatur M

Der Begriff Klassendiktatur beschreibt ein Herrschaftsmodell, in dem die Macht nicht von einer Einzelperson oder einer Elite ausgeht, sondern von einer sozialen Klasse – hier konkret der Arbeiterklasse – im Namen ihrer historischen Mission. Diese Diktatur rechtfertigt sich theoretisch durch die marxistische Idee, dass der Staat nach der Revolution nur noch ein Übergangsstadium ist, bis die klassenlose Gesellschaft erreicht ist. Praktisch bedeutet das jedoch, dass die Macht der Arbeiterklasse durch eine revolutionäre Avantgarde – wie die bolschewistische Partei unter Stalin – monopolisiert und gegen vermeintliche „Klassenfeinde“ durchgesetzt wird. Die Unterdrückung von Oppositionellen, die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft (ab 1929) oder die Säuberungswellen der 1930er Jahre zeigen, wie diese Diktatur in der Realität funktionierte: als Instrument der Machtkonsolidierung unter dem Deckmantel revolutionärer Legitimität.

„Sozialismus in einem Land“ M

Der Begriff „Sozialismus in einem Land“ bezeichnet die von Stalin ab 1924 propagierte und durchgesetzte Doktrin, die Industrialisierung und Kollektivierung in der Sowjetunion voranzutreiben, ohne auf eine weltweite Revolution zu warten. Stattdessen sollte der Sozialismus zunächst im eigenen Land aufgebaut werden, um die wirtschaftliche und militärische Stärke der UdSSR zu sichern. Diese Strategie diente auch der Legitimation von Stalins Herrschaft, da sie den Fokus auf innere Konsolidierung legte und oppositionelle Gruppen wie die Trotzlisten als „unpatriotisch“ brandmarkte. Praktisch umgesetzt wurde dies etwa durch den ersten Fünfjahresplan ab 1928, der die Industrialisierung mit brutaler Gewalt vorantrieb. Die Parole unterstrich zudem die Abkehr von der leninistischen Idee einer permanenten Weltrevolution zugunsten eines nationalistischen Sozialismusverständnisses.

Loyalitätsdefizit M

Ein Loyalitätsdefizit entsteht, wenn die Bevölkerung oder Teile des Machtapparats einem Regime nicht aus Überzeugung, sondern aus Zwang oder Opportunismus folgt. Im Stalinismus zeigte sich dies besonders in den Säuberungen der 1930er-Jahre, als selbst hochrangige Parteimitglieder wie Nikolai Bucharin oder Michail Tuchatschewski unter konstruierten Vorwürfen hingerichtet wurden – nicht wegen tatsächlicher Vergehen, sondern weil ihre Loyalität infrage stand. Die ständige Angst vor Denunziation und Willkür untergrub das Vertrauen in das System, selbst bei seinen eigenen Funktionären. Dadurch wurde die Herrschaft nicht durch innere Überzeugung, sondern durch systematische Einschüchterung aufrechterhalten, was langfristig ihre Stabilität gefährdete.

() Herrschaftsmodelle im 20. Jahrhundert: Bedrohung von Demokratie und Freiheit

(10) den Zweiten Weltkrieg charakterisieren und bewerten

Zweiter Weltkrieg M

Der Zweite Weltkrieg (1939–1945) war ein globaler Konflikt, der durch die expansionistischen Ziele der Achsenmächte – vor allem des nationalsozialistischen Deutschlands unter Adolf Hitler – ausgelöst wurde und in dem sich die Alliierten (u. a. USA, Großbritannien, Sowjetunion) zur Verteidigung demokratischer Werte und gegen totalitäre Herrschaftssysteme zusammenschlossen. Er zeichnete sich durch eine bisher unbekannte Brutalität aus, darunter systematische Völkermorde wie der

Holocaust, sowie durch den Einsatz moderner Kriegsführung wie Blitzkriege oder Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki 1945. Der Krieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 und Japans im September desselben Jahres, was die Grundlage für die Neuordnung der internationalen Ordnung im Kalten Krieg schuf. Seine Folgen prägten nicht nur die politische Landkarte des 20. Jahrhunderts, sondern zeigten auch die Fragilität demokratischer Systeme angesichts totalitärer Bedrohungen.

Vernichtungskrieg M

Der Begriff Vernichtungskrieg bezeichnet eine militärische Strategie, die nicht nur auf die Niederwerfung des Gegners, sondern gezielt auf seine physische und kulturelle Auslöschung abzielt. Im Gegensatz zu konventionellen Kriegen, die auf territoriale oder politische Kontrolle gerichtet sind, wird hier die systematische Vernichtung von Bevölkerungsgruppen oder ganzen Nationen angestrebt – etwa durch Massenmorde, Zwangsdeportationen oder die Zerstörung lebensnotwendiger Infrastruktur. Ein zentrales Merkmal ist die ideologische Begründung dieser Gewalt, die den Gegner als „minderwertig“ oder „bedrohlich“ konstruiert, um die Grausamkeit zu legitimieren. Im Zweiten Weltkrieg zeigte sich dies besonders im „Unternehmen Barbarossa“ ab 1941, wo die NS-Führung den Krieg gegen die Sowjetunion als rassenideologischen Vernichtungskrieg führte, der Millionen Zivilisten durch Hunger, Erschießungen und KZ-Haft zum Opfer fielen. Solche Kriege zielen darauf ab, nicht nur den militärischen Widerstand zu brechen, sondern die Existenz des Gegners selbst zu tilgen.

Weltanschauungskrieg M

Ein Weltanschauungskrieg ist ein Konflikt, in dem nicht nur militärische oder territoriale Ziele verfolgt werden, sondern die Gegner sich fundamental in ihren ideologischen Grundüberzeugungen bekämpfen. Dabei geht es nicht um Kompromisse, sondern um die vollständige Durchsetzung oder Vernichtung der gegnerischen Weltanschauung – etwa im Kampf zwischen Demokratie und Faschismus oder zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Solche Kriege zeichnen sich durch extreme Radikalisierung, propagandistische Mobilisierung und die Entmenschlichung des Feindes aus, da dieser nicht als Gegner, sondern als „Systemfeind“ gilt. Im Zweiten Weltkrieg zeigte sich dies besonders in der NS-Ideologie, die einen „Rassenkrieg“ gegen Juden, Slawen und andere Gruppen führte, während gleichzeitig der „Bolschewismus“ als existenzielle Bedrohung dargestellt wurde. Die totale Kriegsführung, etwa ab 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion, verdeutlicht, wie der Krieg als Mittel zur globalen Durchsetzung einer bestimmten Ordnung instrumentalisiert wurde.

SS M

Die SS (Schutzstaffel) war eine paramilitärische Organisation der NSDAP, die ab 1925 zunächst als persönliche Leibwache Hitlers gegründet wurde, sich aber unter Heinrich Himmler ab 1929 zu einem mächtigen Machtinstrument des Regimes entwickelte. Sie war nicht nur für die innere Überwachung und Terrorisierung der Bevölkerung zuständig, sondern spielte eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenpolitik, etwa durch die Organisation der Konzentrations- und Vernichtungslager wie Auschwitz ab 1941. Mit ihrer doppelten Struktur aus „Allgemeiner SS“ (für ideologische Schulung und Überwachung) und „Waffen-SS“ (als militärische Eliteeinheit) verkörperte sie die Verbindung von Terror, Ideologie und militärischer Gewalt. Die SS unterstand direkt Hitler und agierte weitgehend außerhalb rechtlicher Kontrolle, was ihre Handlungsfreiheit bei Verbrechen wie dem Holocaust oder der Ermordung von Oppositionellen wie Ernst Röhm 1934 (im „Röhm-Putsch“) ermöglichte.

Wehrmacht M

Die Wehrmacht war die offizielle Bezeichnung der deutschen Streitkräfte von 1935 bis 1945 und umfasste Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine. Sie war das zentrale Machtinstrument des NS-Regimes, das nicht nur militärische, sondern auch politische und ideologische Ziele verfolgte. Als Instrument der Expansion diente sie ab 1939 der Durchsetzung der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik, etwa im Überfall auf Polen oder der Invasion der Sowjetunion 1941. Ihre Rolle war dabei eng mit der Radikalisierung des Krieges verbunden, insbesondere durch die Beteiligung an Kriegsverbrechen und der Umsetzung des Holocaust. Die Wehrmacht war somit kein neutraler militärischer Apparat, sondern ein zentraler Akteur in der Umsetzung totalitärer Herrschaft.

Zwangsarbeit M

Zwangsarbeit bezeichnet die systematische Ausbeutung von Menschen durch staatliche oder militärische Gewalt, die gegen ihren Willen zur Arbeit gezwungen werden. Im Kontext des Zweiten Weltkriegs wurde sie zu einem zentralen Instrument der nationalsozialistischen Herrschaft, um die Kriegswirtschaft aufrechtzuerhalten und die besetzten Gebiete auszubeuten. Millionen Menschen – darunter Kriegsgefangene, Juden aus Ghettos und Konzentrationslagern sowie Zivilisten aus Osteuropa – wurden in Deutschland und den besetzten Gebieten in Industrie, Landwirtschaft oder beim Bau von Infrastruktur eingesetzt. Die Bedingungen waren oft lebensbedrohlich: Hunger, Misshandlung und willkürliche Gewalt prägten den Alltag der Zwangsarbeiter. Ein bekanntes Beispiel ist der Einsatz von über 20 Millionen Menschen aus ganz Europa, darunter rund 7,5 Millionen aus der Sowjetunion, die ab 1942 systematisch in deutsche Rüstungsbetriebe verschleppt wurden.

„Endlösung“ M

Der Begriff „Endlösung“ bezeichnet den systematischen Plan der nationalsozialistischen Führung, die europäische Judenvernichtung industriell und flächendeckend durchzuführen. Er wurde auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 offiziell als „Endlösung der Judenfrage“ formuliert, obwohl die Massenmorde bereits seit 1941 in Form von Erschießungen und Lagern begonnen hatten. Die „Endlösung“ war kein spontaner Entschluss, sondern das Ergebnis einer radikalisierten Rassenideologie, die in Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau oder Treblinka gipfelte. Sie steht für den Höhepunkt des Völkermords, bei dem etwa sechs Millionen europäische Juden ermordet wurden. Der Begriff verschleierte dabei die gezielte Planung hinter dem Verbrechen, das als staatlich organisierter Massenmord durchgeführt wurde.

Deportation M

Deportation bezeichnet die zwangsweise Verschleppung von Menschen durch staatliche oder militärische Institutionen, oft unter Anwendung von Gewalt oder Androhung derselben. Im Kontext des Zweiten Weltkriegs diente sie häufig der systematischen Entrechtung und Vernichtung von Bevölkerungsgruppen, etwa durch das NS-Regime, das ab 1941 Juden aus Deutschland und besetzten Gebieten in Ghettos oder Vernichtungslager deportierte. Die Opfer wurden unter unmenschlichen Bedingungen in Güterzügen transportiert, wobei bereits die Reisebedingungen oft tödlich endeten. Deportationen waren kein isoliertes Phänomen, sondern ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Rassenpolitik und der Kriegsführung. Sie zielten darauf ab, durch Vertreibung und Ermordung „unerwünschte“ Gruppen aus dem Staatsgebiet zu entfernen oder physisch zu vernichten.

Holocaust – Shoah M

Der Begriff Holocaust – Shoah bezeichnet den systematischen Völkermord an etwa sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland zwischen 1941 und 1945. Er war zentraler Bestandteil der NS-Rassenideologie, die Juden als „minderwertig“ und „Bedrohung“ darstellte und ihre vollständige Vernichtung („Endlösung der Judenfrage“) anstrebte. Die Ermordung erfolgte in Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau, wo Gaskammern und Zwangsarbeit gezielt eingesetzt wurden. Neben den jüdischen Opfern wurden auch Sinti und Roma, politische Gegner, Homosexuelle und andere Gruppen systematisch verfolgt und getötet. Der Holocaust gilt als eines der schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte und markiert einen tiefen Zivilisationsbruch.

totaler Krieg M

Der Begriff totaler Krieg beschreibt eine Kriegsführung, bei der alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ideologischen Ressourcen eines Staates vollständig auf die militärische Niederlage des Gegners ausgerichtet werden – ohne Rücksicht auf zivile Opfer oder moralische Grenzen. Dazu gehören die totale Mobilisierung der Bevölkerung, die Umstellung der Wirtschaft auf Rüstungsproduktion (z. B. ab 1942 in Deutschland mit dem „Totalen Kriegseinsatz“) sowie die systematische Zerstörung feindlicher Infrastruktur und Lebensgrundlagen. Im Gegensatz zu früheren Kriegen, die oft begrenzte Ziele verfolgten, zielte der totale Krieg darauf ab, den Gegner durch vollständige Vernichtung seiner Handlungsfähigkeit zu besiegen. Propaganda und Terror dienten dabei als Mittel, um den Willen der eigenen Bevölkerung wie der Gegner zu brechen. Die Erfahrung dieses Krieges prägte nach 1945 das Völkerrecht und die Forderung nach Schutz ziviler Rechte in bewaffneten Konflikten.